

## **Unausgegrenzte Absichten der schwarz-gelben Koalition in der zukünftigen Gesundheitspolitik** – Eine Auflistung erarbeitet von Günter Steffen, Lemwerder

**Sehr allgemein gehaltene Passagen sind zu diesem Thema im Koalitionspapier nachlesbar. Wenn man dann allerdings auch die zwischenzeitlich stattgefundenen Erklärungen einiger gut informierter Politiker und des einen oder anderen Gesundheitsökonomens mit einbezieht, ist folgendes wohl demnächst zu erwarten:**

- 1) Die einkommensunabhängige Gesundheitsprämie (gerne außerhalb als Kopfpauschale genannt) soll wohl ab 2011, unter Beibehaltung des Gesundheitsfonds, eingeführt werden. Dazu soll dann ein so genannter Sozialausgleich für Niedrigeinkommensbezieher gehören.**
- 2) Zum gleichen Zeitpunkt wird ein wettbewerbsorientierter Beitrag, neben der Gesundheitsprämie, in unterschiedlicher Höhe von der jeweiligen Mitglieds-Krankenkasse, erhoben.**
- 3) Eine Beitragserhöhung muss 2011 nicht zwingend gegenüber 2010 anfallen, weil bereits ab nächstes Jahr der Zusatzbeitrag (bis zu 1% vom Bruttogehalt/Einkommen) gesetzlich von vielen Kassen aufgrund der Beschlüsse der Großen Koalition abverlangt wird.**
- 4) Weitere Fakten sollen einvernehmlich verabredet sein:**

**Versicherungsleistungen für Kinder sollen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden,**

**für die Leistungserbringer soll mehr Geld im GKV-System zur Verfügung stehen,**

**Patienten, die sehr viele Leistungen in Anspruch nehmen, werden mit Limitierungen (Festzuschuss) rechnen und ggf. Zuzahlungen leisten müssen,**

**der zukünftige medizinische Fortschritt wird nur noch mit den Beiträgen der Versicherten finanziert werden (Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages),**

**die Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenkasse (PKV und GKV) wird aufrecht erhalten,**

**den Krankenkassen-Beitragsanteil, der durch den Wettbewerb zustande kommen soll, dabei ist nicht die Gesundheitsprämie gemeint, wird gekoppelt werden an die jeweiligen Leistungen der Krankenkasse,**

**alle Änderungen des derzeit geltenden Rechts sollen erst nach den Landtagswahlen von NRW diskutiert und erörtert werden.**

5. Nur angedeutet werden im Papier der Aufzählungen folgender Vorhaben, die eine Regierungskommission erarbeiten soll:

- . Entbürokratisierungen
- . Ausbau des Gesundheitsmarktes
- . Auswüchse des Versandhandels bekämpfen
- . Weg ebnen für Vereinbarungen zwischen Krankenkassen und pharmazeutische Unternehmen
- . Verständlicheres Vergütungssystem für Ärzte
- . Kostenerstattung für Versicherte ohne Zusatzkosten
- . Unbürokratisches Erhebungsverfahren für die Praxisgebühr
- . Belegarztsystem im Krankenhaus ausbauen
- . Fallpauschalen (DRG-System) im Krankenhaus ausweiten – Keine bundeseinheitlichen Preise
- . Schiedsstellen zwischen Krankenkassen und Rehabilitationseinrichtungen schaffen
- . Individuelle Wahl- und Entscheidungsspielräume für Versicherte
- . Arbeitgebervertreter in Verwaltungsräten der Ersatzkassen
- . Nach 3 Jahren Bestandsaufnahme der hausärztlichen Verträge.

Über Absichten in der Pflegeversicherung werde ich extra berichten.

[www.guenter-steffen.de](http://www.guenter-steffen.de)

Lemwerder, den 2. November 2009

### **Undifferenzierte Koalitionsabsprachen zur zukünftigen Pflegeversicherung** (Herausgearbeitet von Günter Steffen, Lemwerder)

In den folgenden Ausführungen werde ich einmal die Grundsätze aus der PV ansprechen, die tangiert sind in den Absprachen der schwarz-gelben Koalition vom Oktober 2009:

Nach dem SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) liegt Pflegebedürftigkeit vor, wenn eine Person regelmäßig und dauerhaft auf fremde Hilfe (mindestens 46 Minuten Pflege pro Tag benötigt und dabei mindestens einmal täglich auf 2 Verrichtungen (z.B. Waschen und Ankleiden) angewiesen ist. Die Pflegeminuten für schwere und schwerste Pflege sind entsprechend mit höheren Zeitfaktoren vorgegeben.

**Die neue Koalition will eine differenziertere Definition der Pflegebedürftigkeit einschließlich Demenz vornehmen. Dadurch soll mehr Leistungsgerechtigkeit in der Pflegeversicherung erreicht werden.**

Zur Zeit werden Arbeitnehmern und Rentnern als Beitragsatz 1,95% vom Bruttogehalt/Rente abgezogen. **Die Koalition will neben dieser Umlagefinanzierung in Ergänzung eine Kapitaldeckung neu beschließen.**

**Im Koalitionspapier hat man noch keine Größenordnungen ergänzender Abgaben definiert.**

**Die neue Bundesregierung will die Rahmenbedingungen für Pflegende und Leistungsanbieter überprüfen und entbürokratisieren.** (Was immer das heißt!)

**Die Leistungsangebote sollen bei Preis und Qualität attraktiver gestaltet werden.**

**Die Förderung für Pflegestützpunkte soll wohl wieder aufgehoben werden.**

**Bei der Qualitätsprüfung vom Medizinischen Dienst soll die**

**Ergebnisqualität Vorrang vor der Strukturqualität haben.** (Bisher wurden in den Pflegeheimen für die unterschiedlichen Aufgaben z.B. Pflege, Unterkunft, Verpflegung, Betreuung usw. interne einzelne Noten vergeben, die dann zu einer Gesamtnote für das Pflegeheim führten und so Irritationen ergaben).

**Das Berufsbild in der Altenpflege soll attraktiver gestaltet werden.** (Was die Koalition damit praktisch meint, ist nicht formuliert).

Abschließend sagt das Koalitionspapier zur Pflege: **Alle Bemühungen um eine finanzielle Absicherung des Pflegerisikos im Rahmen der Pflegeversicherung entbinden den Einzelnen aber nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos wahrzunehmen.**

**[www.guenter-steffen.de](http://www.guenter-steffen.de) 07.11.2009**